

Der Wendepunkt



Sozialisten und weitere Aktive an der Uni Köln

„Not one more!“ Die Friedensklausel in NRW erhalten

„Die Politik muss sich klar darüber sein, dass zu starke Vorschriften uns das Geschäft kaputt machen und Technologie aus Deutschland abwandert.“

Armin Papperger, Vorstandsvorsitzender des Rüstungskonzerns Rheinmetall, im Bundeswehrjournal, Juli 2015.

„Wir sagen, es ist genug! Wir werden die Welt ändern.“

Schüler David Hogg, Überlebender des Schulmassakers in den USA beim „March for Our Lives“ am 24. März 2018 in Washington.

Die Geschäfte, bei denen der Konzern Rheinmetall gerne nicht „zu“ stark eingeschränkt werden möchte, haben zur Folge, dass jede 14 Minuten ein Mensch mit einer in Deutschland produzierten Waffe ermordet wird. Jede und jeder ist einer zu viel. Deutsche Rüstungsexporte haben unter der letzten Regierung Rekordwerte erreicht und die „Verteidigungs“ausgaben sind massiv erhöht worden. Geplant ist in diesem Zuge auch, dass ein fester Anteil der Verteidigungsausgaben für Rüstungs-

forschung ausgegeben werden soll. Dieses Geschäft mit dem Tod steht zunehmend in der Kritik: Nicht nur die fortgesetzten Waf-fenexporte für den verbre-cherischen Überfall der Türkei auf Nord-Syrien und diejenigen an Saudi-Ara-bien für ihren Krieg im Jemen stoßen in der Republik auf Kritik und Protest, über 35.000 Menschen haben die Kampagne „Abrüsten statt Aufrüsten“ unterschrieben (www.abruesten.jetzt). Und selbst bei Google wehren sich über 3.000 Mitarbeiter in ei-



Klaus Staeck, 1980.

Unsere wöchentlichen Treffen

Dienstags, 19:30 Uhr in der StAVV-Garage, Campus der HumF, Frangenheimstr. 4

Das Comeback der Rüstungsindustrie

Doku von Dirk Laabs, 2016, 45 Min. Film und Diskussion

Hatte der 2. Weltkrieg nicht klar gemacht: Deutsche Waffen dürfen nie wieder Unheil in der Welt anrichten? Wer verhalf der deutschen Rüstungsindustrie zu ihrem erstaunlichen Comeback, das Deutschland heute zu einem der größten Waf-fenexporteure macht?

Di., 17. April, 19:30 Uhr, in H121 (Hauptgeb. der HumF)

Für eine Welt ohne Nuklearwaffen

Mit dieser Mitgliederinitiative wird der Senat der Uni Köln aufgefordert, für die Ächtung von Atomwaffen öffentlich Stellung zu beziehen. Alle Mitglieder der Uni Köln sind aufgerufen, sich an der Mitgliederinitiative zu beteiligen:

<http://fs-physik.uni-koeln.de/mitgliederinitiative-nuklearwaffen>

nem offenen Brief dagegen, dass der Konzern dem amerikanischen Verteidigungsministerium hilft, Videos besser auszuwerten, um gezielte Tötungen durch Drohnen zu optimieren.

An den Hochschulen ist es gerade aufgrund studentischen Engagements bereits 2014 gelungen, dass Frieden, Nachhaltigkeit und Demokratie als Aufgaben der Hochschulen im Hochschulgesetz festgeschrieben worden sind. Damit sind die Hochschulmitglieder politisch gestärkt gegenüber dem finanziellen Druck, Gelder aus der Industrie anzunehmen: Weil sie sich dem Frieden verpflichtet sieht, hat beispielsweise die RWTH Aachen im letzten Jahr eine Marktstudie für eine deutsche Panzerfabrik in der Türkei abgebrochen. Schwarz-gelb in NRW fordert nun die Streichung dieser Friedensorientierung aus dem Gesetz, weil sie „einen massiven Eingriff in die Lehr- und Forschungsfreiheit“ darstelle. Die Landesregierung verteidigt damit die „Freiheit“ und den Einfluss derjenigen, die am Krieg verdienen, gegen die Sehnsucht der meisten Menschen nach Frieden und Solidarität. Damit einhergehend bedient sie feige national-egoistische Ressentiments, indem sie gleichzeitig 1500 Euro Studiengebühren pro Semester gegen Nicht-EU-Bürger einführen will.

Mutig, klug und wirksam ist dagegen, gegen die Ursachen und Verursacher der Gewalt aufzuklären und die Geschicke in die eigenen Hände zu nehmen. Weil sie nicht dulden wollen, dass ein weiterer Mensch zu Schaden kommt und weil sie das Leben verteidigen, setzen sich die Schülerinnen und Schüler in den USA gegen Waffenverkauf ein und sind gesellschaftliche Opposition und Alternative zur „National Rifle Association“ und zur Regierung Trump. Sie sind damit eine Ermunterung für alle, über die Grenzen der USA hinaus. Denn hier wie dort kommt es auf die Initiative der Zivilgesellschaft an: Für die Beendigung von Rüstungsforschung, für (atomare) Abrüstung und die Erhöhung der Ausgaben für Bildung, Soziales, Kultur und auch humanitäre Hilfe und den Wiederaufbau vom Krieg zerstörter Länder. Die Verbesserung der Lebensbedingungen aller Menschen ist dringend erforderlich für die Realisierung der Menschenrechte und für ein gewaltloses und solidarisches Zusammenleben statt nationalistischer Ressentiments. Sie ist auch eine Aufgabe für die Wissenschaft.

In diesem Semester werden allerlei politische Aktivitäten gegen die Pläne der schwarz-gelben Landesregierung stattfinden. Beteiligt euch daran!

Der Wendepunkt ist eine Hochschulgruppe, in der sich linke SozialdemokratInnen und weitere Aktive engagieren.
Wir treffen uns jeden Dienstag um 19:30 Uhr in der StAVV-Garage auf dem Campus der Humanwissenschaftlichen Fakultät,
Fragenheimstr. 4.

4/2018 – V.i.S.d.P.: Wendepunkt – Sozialisten und weitere Aktive an der Uni Köln, % Peter Förster, Marienstr. 3d, 50825 Köln